

**Dringliche Anfrage**

Hannover, den 12.11.2018

Fraktion der FDP

**Machtlos gegen Islamisten?**

Am 6. November 2018 berichtete die *Neue Presse (NP)*, dass erneut Islamisten in Hannover Infostände für Spendensammlungen abgehalten hätten. Veranstalter seien u. a. Vereine gewesen, die enge Kontakte zu vom Verfassungsschutz beobachteten Organisationen pflegten. „Laut Verfassungsschutz wurden dort Flyer von der islamischen Jugendgruppe ‚Die Feder‘ verteilt“ (*NP*, 6. November 2018). Nach Aussagen des niedersächsischen Verfassungsschutzes sei diese Gruppe dem schiitisch geprägten Islamismus zuzuordnen.

Laut *NP* habe die Stadt Hannover jedoch nicht genug Erkenntnisse gehabt, die ein Verbot möglich gemacht hätten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die laut *NP*-Berichterstattung bereits durchgeführten und geplanten Infostände?
2. Teilt die Landesregierung die Einschätzung der Stadt Hannover, dass die Vorgaben des neuen Straßengesetzes für ein Verbot der Infostände nicht ausgereicht haben?
3. Was unternimmt die Landesregierung, um weitere Stände von Islamisten in niedersächsischen Großstädten zu verhindern?

Christian Grascha

Parlamentarischer Geschäftsführer